

Volkstimme

Organ der Sozialdemokratischen Partei
in Halle und sämtlichen Kreisen im Regierungsbezirk Merseburg.
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter“
jeden Werktag nachmittag.

Verlag und Expedition:
Halle a. S., Straße Ulrichstraße 27
Fernsprecher 6407
Postfachkonto Leipzig Nr. 87578.

Redaktion:
Halle a. S., Dr. Braunsstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von 1/2-11 Uhr.

Nr. 89 Preis: 3 Pf. Halle, Freitag, den 16. April 1920 4. Jahrgang

Schuld und Sühne.

Von Dr. Werner Peiser.

Das Gedächtnis des Menschen ist kurz für gute, länger für böse Erinnerungen. Der freigelassene Sklave vergißt nur zu bald der Leiden, die er unter der Anwesenheit erduldet, der Soldat erinnert sich bald nicht mehr an die Märsche, denen brutale Vorgesetzte ihn unterwerfen. Beide fragen aufsteigend nach dem „frei wozu?“, um darüber das „frei wovon?“ in rader Erinnerung zu behalten.

Die Revolution vom 9. November hat uns von dem Joch einer Herrenklasse befreit, die wir in den vorangegangenen Jahrzehnten aus vollen Herzen haß gelernt hatten. Wie ein lästiger Nis wurde sie von uns geschüttelt, wir waren frei, schienen es wenigstens zu sein. Der ungeheure Größ der sich in den Herzen der Arbeiter und der Massen nicht nur, sondern auch bis weit hinein in die Reihen des Bürgertums und jene Vertreter einseitiger Klassenherrschaft

aufgehoben hatte, kam zur Entladung, und obwohl die Abrechnung mit jener gewissenlosen Klasse schwer war, hatte man doch — bis zu den Putschtagen der Rapp-Lüttwitz-Verbrecher — mehr und mehr den Eindruck, daß der Born sich entladen hatte und gleichzeitig im Wege war, zu versinken. Man soll Dinge, die ein jeder erkennt, nicht verdrängen, nicht verdrängen. Ueber die Tatsache selbst gibt es doch nicht hinweg und selbst darüber hinaus der Frage, was denn ist. Wir wollen es also geteilt, um daraus zu lernen: es war in den letzten Monaten den Deutschen und ihrem Anhang gelungen, gewisse Teile des Volkes durch unmittelbares Vorgehen in ihr Fahrwasser zu lenken, die Erinnerung an vergangene Leiden zu trüben.

Begreiflich wäre diese Erscheinung, wenn die Deutschenationalen, so wie sie in heller Zeit in jenen Novembertagen ihre Pläne an den Tag setzten, auch ihre Gefühle in einer gründlichen Revision unterzogen hätten. Das war jedoch nicht der Fall. Statt die Einsicht zu befehlen, daß nach dem bisherigen Schema nicht weiter gerechtfertigt werden könne, blieb in die Wortführer jener verhängnisvollen Politik, mit der sie das Volk in Unglück und Verderben gestürzt hatten. Diese Politik haben sie konsequent weiter geführt. Unzählige Umstände kamen ihnen hierbei zu Hilfe: Die ungeheure schwere Erblichkeit, die Koalitionsparteien angetrieben hatten, die ungenügende Lebensmittelmittel, die fortgesetzte Feuerung, Unzufriedenheit der Führer und der Geführten, alles

Symptome einer furchtbaren Katastrophe, aus der gewissenlose „nationale“ Kreise Profit zu schlagen suchten.

Die Politik der Rechten in den vergangenen 15 Monaten bewegt sich in einer einzigen Linie: Bekämpfung des gegenwärtigen freiheitlichen Systems, Wiederherstellung der Monarchie, Verrückung der Klassenverhältnisse mit dem Ziel, einseitiger Unterdrückung der arbeitenden Klassen des Volkes. Sämtliche politischen Ereignisse, die auf Seiten unserer Nationalen zurückzuführen sind, erklären sich aus jener oben bezeichneten Linie. Der Kampf gegen Erzberger, der sich schließlich nur gegen eine moralisch nicht einwandfreie Persönlichkeit richtete, im Grunde genommen jedoch dem Spitz auf galt und logischerweise als Höhepunkt der Wege zu einem Attentat führte, die Verberührung um die Reichswehr, die ein Werkzeug in den Händen der Nationalen werden sollte, das schließlich aufzutreten des Vorkommens im Holtenauer, gleichfalls rückwärts auf jene durch nationale Wege aufgeführte aufgeklärte Verantwortlichkeit — diese wenigen Punkte, die sich um zahllose andere vermehren lassen, sind unverkennbare Symptome dafür, wohin der Kurs ging.

So unbegreiflich es klingt, das großsprecherische Gebaren dieser gewissenlosen Kamarilla vermochte es, einzelne Teile des Volkes einzulagern — trotz aller Erinnerung an die vergangenen Schreckenstage festschließen und Körperlichkeit an die Spitze. Da kam einzelne aus jener Kamarilla, den Kläglichen nämlich, sehr unerwünscht

das Attentat derer um Rapp und Lüttwitz, das sich nicht mehr, wie die vorangegangenen, gegen Personen, sondern unverzüglich gegen ein System richtete, gegen die junge deutsche Republik. Nicht nur wurde jetzt plötzlich die Situation befestigt, besser als tausend Propagandarede ist vermocht hätten, warf die Tat dieser Verbrecher ein blendendes Schlaglicht auf ihre geistigen Urheber. In einem einzigen Augenblick erlosch das gesamte Volk die Frage dahin, daß die Lüttwitz, Rapp, Traub und die anderen nur die Puppen in den Händen jener waren, die geschickt die

Drahtseile zu ziehen verstanden, eben der Deutschenationalen. Wären diese in erbärmlicher Freiheit heute auch noch so weit von ihren Bekennungsgeheimnissen abirren, mögen sie noch so sehr über den „verbrecherischen Anschlag“ zetern, sie werden kein Kind mehr über die Tatsache hinwegtäuschen können, daß sie allein die Urheber jener Atmosphäre sind, die auf die persönlichen Attentate dieses schwersten aller Verbrechen folgen ließ.

Dieses Mal ist nicht anzunehmen, daß die Erinnerung an die vergangenen Schreckenstage in halb verbliebenen Wunden sichtbar sind für jeden Einzelnen die Unheilsgelüste, die das stinkende Wüten einer mit den dabei geflohen und dummen Militärkamarilla über jeden Einzelnen heraufschwebte.

Wenige Wochen nur trennen uns von der Wahl. Das Volk drängt danach, mit dem Stimmzettel sein Urteil über die abzugebene, die durch ihre ungeheure Skrupellosigkeit es wieder und wieder verstanden haben,

197 Milliarden Mark Reichsschulden.

Aus Berlin wird berichtet: Nach einer Mitteilung des Reichsfinanzministers Dr. Wirth in der heutigen Sitzung des Ausschusses betragen am 31. März die in der Reichsschuld des Deutschen Reiches 92 Milliarden, die schwebenden Schulden 105 Milliarden, zusammen also 197 Milliarden Mark.

Wirth gegen die Gewaltmaßnahmen der Weisler.

Berlin, 15. April. Die deutsche Regierung hat Anfang April in Paris eine umfangreiche Note übergeben lassen, worin nachdrücklich Beschwerde geführt wird gegen die unerhörten Gewaltmaßnahmen, die die belgischen Behörden im Hinblick auf die Volkswirtschaft in den Kreisen Cuyven und Walmes zur Anwendung bringen. Vor allem gegen die Befehle gegen die Personen, die sich für Deutschland eintragen lassen, mit Zwangsmaßnahmen vor. Die deutsche Regierung sieht darin eine Verletzung des Friedensvertrages und verlangt, daß jede Beeinträchtigung der Abkommenden anhöre. Die Note wendet sich endlich an den Völkerbund mit dem Ersuchen, eine Kommission zur Überwachung zu entsenden.

Der neue badische Finanzminister.

Karlsruhe, 15. April. Der badische Landtag hat heute an Stelle des am Reichsfinanzminister ernannten bisherigen badischen Finanzministers Dr. Wirth den Staatsrat Abgeordneten Schuler einstimmig zum badischen Finanzminister gewählt.

Näkrit der schließlichen Reichskommissars?

Verchiedene Blätter melden den Näkrit des Reichskommissars für Schlesien, A. Böhm, der darauf zurückzuführen ist, daß die Staatsregierung die vollständige Gewalt annehmen in die Hände des Oberpräsidenten gelegt habe.

Wahlen in der Freikant Danzig.

Paris, 15. April. Die Renter aus London meldet, hat der Sekretär des Völkerbundes dem britischen Reichskommissar in Danzig mitgeteilt, daß die Wahlen zur gesetzgebenden Versammlung der Freikant Danzig am 16. Mai stattfinden.

Friedensbedingungen Lettlands.

Kopenhagen, 15. April. (DPA.) Die „Berlingske Tidende“ aus Kopenhagen meldet, besetzen die Friedensbedingungen Lettlands gegenüber Sowjetrußland in folgenden Forderungen: Strategische Garantien, eine Arbeitsbeschäftigung von zwei Milliarden in Gold, Rückgabe des abgeführten Eisenbahnmaterials sowie der Wärschen. Ferner des weggeführten Eigentums der Russen, wobei eine Entschädigung von einer Milliarde Rubel in Gold gebietet wird; außerdem verlangt Lettland einen Anteil an dem russischen Goldbesitz, Lettland will als Entgelt dafür seinen Anteil an der russischen Staatsschuld übernehmen.

Huldiger Näkrit der Franzosen.

London, 15. April. Die heiligen Abendblätter kündigen an, daß die huldigen Näkrit der Franzosen aus den neu besetzten deutschen Städten an.

Das allgemeine Wahlrecht in Belgien.

Brüssel, 15. April. Der Senat nahm mit 60 gegen 23 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen einen Gesetzentwurf betreffend das allgemeine Wahlrecht an, der auch Frauen das Stimmrecht gibt.

Schweres Unglück über uns heraufbeschworen.

Der Tag der Wahl wird zum Volksgericht werden, er wird die rechte Antwort sein auf alle die Leiden, die wieder und wieder von der gleichen Stelle aus über das Volk ergossen werden. Wir erwarten und fordern, daß dem Volke so schnell wie möglich die Gelegenheit gegeben werde, in unblutigen Kämpfen sein Wort zu sprechen. Schwer ist die Schuld, die seine Feinde, seine eigenen Vandalen, auf sich geladen haben. Hart muß der Richterpruch sein, den das souveräne Volk über sie fällt. Je härter er ist, umso gerechter wird er sein. Wären die Deutschenationalen auch noch so sehr schreien und das laubende Antlitz eines Menschen mit autem Gemissen vorzutäuschen suchen, sie können damit heute keinen Spund mehr hinter dem Ofen hervorlocken. Und wie man sich einst — in den abstrakten Jahren zu den Zeiten des Schandgebotes — einen Sozialdemokraten als einen Vandalen vorstellte, der unter dem Rode ein Messer geführt trug, so wissen wir heute, daß wir nicht jenseits jenseits erneuern, sondern nur die Wahrheit ansprechen, wenn wir in der deutschnationalen Klasse unsere unerfährlichen und haterfährlichen Feinde erblicken, die unter dem Schein der Verfassungstreue ihre Waffen gegen die Republik schärfen.

Aus voller Überzeugung vertreten wir „Materialisten“ die Lehre von der Schuld, die sich auf Erden rächt. Sorgen wir, daß ihre Erfüllung werde, und daß so schnell wie möglich. Sorgen wir, daß Schillers Wort sich auch in unserer Zeit bewahrheitet: „Groß und bedeutend ist der Gedanke, daß genau diejenige Strafe, die der Mensch verdient, auch die Strafe ist, die ihm bevorsteht.“

Maßnahmen des Reichsjustizministers gegen die Putschverbrecher.

Paris, 15. April. Der Reichsjustizminister legt in der gestrigen Sitzung der Nationalversammlung über seine Stellungnahme zu der Frage der Einleitung und Durchführung der Strafverfahren anlässlich des Rapp-Lüttwitz und der Vorgänge im Auszuge folgendes dar: Ich habe in schon geäußert davon gesprochen, daß ich mein Amt dazu aufstelle, daß ich ohne jede politische Rücksicht in allem, was die Verbrechen der Rapp-Lüttwitz angeht — ich habe auf Juraß hin: auch wenn sie in der Mitte vorhanden sind — der Verfolgung zuführen werde. Ich halte es ganz besonders unter den gegenwärtigen Verhältnissen überhaupt nicht für meine Aufgabe, dafür zu sorgen, Verbrecher ihrer Bestrafung zu entziehen, sondern nach Möglichkeit die der Beteiligung zuzuführen. Ich will nicht in der anderen Zeit, wenn die Zeit der Verbrechen ist, erkennen gehen, daß bei der Strafverfolgung der hochverräterischen Untersuchungen, wie sie einerseits in dem Rapp-Lüttwitz-Fall und andererseits in dem Putsch im Auszuge, in Taugernie usw. in die Tat umgesetzt worden sind, eine Untersuchung notwendig ist, wie das auch schon der Reichsanwalt Bauer in Stuttgart ausgesprochen hat, zwischen den Tätschlägern oder Verführern und den Mittätern oder Beihilfern. Ich habe in dieser Beziehung dem Oberstaatsanwalt schon kurz nach Beginn meines Amtsantritts geschrieben: „Bei dieser Gelegenheit möchte ich darauf hinweisen, daß ein dringendes öffentliches Interesse daran besteht, die Verfahren gegen diejenigen Personen, die bei der Vorbereitung und Durchführung von hochverräterischen Untersuchungen in dem vorhergehenden Ausführungen des Schriftens sowohl auf den Rapp-Lüttwitz-Fall als auf die Ausführung der Republik im Auszuge ausdrücklich bezug — eine jährrende Rolle gespielt haben, mit größtem Nachdruck gefördert zu sehen.“ Das Interesse, das die Allgemeinheit an Sühne der Verbrechen dieser Personen hat, ist so groß, daß demgegenüber die Bedeutung der Verfolgung verführer und irreführender Personen, die in weiteren Verläufe der Anwesenheit lediglich auf die eine oder andere Seite geschickt haben, wesentlich zurücktritt. Nebenbei kommt bei diesen Personen in Betracht, daß auch der Erfolg eines Strafverfahrens in der Regel zweifelhaft sein wird, da die Feststellung des Tatbestandes sich so schwierig gestaltet, daß die Verurteilung in einem Strafverfahren mit dem Einwand gerechtfertigt werden müssen, daß die Betreffende zuerst seines Ansehens als hochverräterische Untersuchungen als Beweis zur Durchführung und zum Erfolg gelangt angehen und annehmen habe, daß bereits die neue Staatsgewalt endgültig an die Stelle der alten getreten sei. Bei Mittäteraktionen wird ferner der Gesichtspunkt in Frage kommen können, daß die Verurteilung die einzige eine militärischen Dienstleistung besolte, ohne dabei zu erkennen, daß der Befehl die Durchführung des Verbrechens des Hochverrats zum Zweck hatte. Ich will zu diesen demals und Anfang April gegebenen Meinungen heute hinzufügen, daß sie sich nach Entschl-

